

# Kritik an der Justizreform wird lauter

## Privatisierung der Notariate umstritten – Gemeinden warnen vor Schadenersatzforderungen

**STUTTGART.** Gegen die von FDP-Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck geplante Privatisierung der Notariate gibt es nicht nur Widerstände bei der CDU. Auch der Gemeindetag macht nun mobil – er fürchtet „Investitionsruinen im Grundbuchamt“.

---

*Von Thomas Durchdenwald*

---

Es sollte eine Erfolgsmeldung sein, die das Justizministerium Ende voriger Woche verbreitete. Mit einem „symbolischen Mauseklick“ sei das letzte der mehr als 28000 Papiergrundbücher in Offenburg elektronisch erfasst worden. „Das Grundbuchamt Offenburg ist das erste staatliche Grundbuchamt in Baden-Württemberg, dessen Grundbücher vollständig elektronisch erfasst sind“, jubelte Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck, die damit „mehr Bürgernähe“ verspricht.

Einen Anlass zum Jubeln sieht der baden-württembergische Gemeindetag darin nicht. Die Kommunen fürchten um das Geld, das sie für die elektronische Erfassung der Grundbuchämter ausgegeben haben, falls die Notare, die die Grundbücher führen, wie vom

Ministerium geplant, privatisiert würden. „Das Land muss Ersatz leisten, falls sich diese Investitionen durch den Richtungswechsel als sinnlos erweisen sollten“, sagte Otwin Brucker, der Präsident des Gemeindetags. Auf das Justizministerium werde „eine Welle von Ersatzforderungen zukommen, die sich auf mehrere Millionen Euro belaufen wird“, sagte Brucker, der Bürgermeister von Pliezhausen (Landkreis Reutlingen) ist.

Im Vertrauen auf das von Werwigk-Hertnecks Vorgänger Ulrich Goll (FDP) vor drei Jahren gestartete Projekt hätten viele Gemeinden in Räume, Ausstattung und Verkabelung investiert. Insgesamt seien dafür bisher mindestens zwei Millionen Euro geflossen. Momentan würden Kommunen in die entsprechende Technik nicht mehr oder sehr zurückhaltend investieren. „Damit wird die Vollendung des elektronischen Grundbuchs verzögert“, glaubt Brucker, wodurch die Einnahmen des Landes verringert würden. Die Kommunen seien über die Pläne Werwigk-Hertnecks auch nicht konkret informiert worden, einen Brief des Gemeindetags habe die Ministerin bisher nicht beantwortet.

Der Gemeindetag befürchtet außerdem, dass die bewährte enge Zusammenarbeit zwi-

schen Kommunen und Notariaten im Fall einer Privatisierung gefährdet ist. „Die Amts- und Bezirksnotare sind Garanten für eine bürgernahe Beratung in den Rathäusern“, sagt Brucker. Er verweist auch auf die Einnahmen, die die Notare ans Land abführen.

Diese Summe – rund 60 Millionen Euro im Jahr – weckt auch in der CDU-Fraktion Vorbehalte gegen die von der FDP befürwortete Privatisierung. „Wer gibt seine Kuh, die er seit 50 Jahren melkt, weg, wenn er die Milch braucht“, sagt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Wolfgang Reinhart. Deshalb könnte die Privatisierung verschoben werden – und statt 2005 erst Anfang 2008 in Kraft treten. In den kommenden kritischen Etatjahren könnte das Land dann noch die Notareinnahmen verbuchen.

Das Justizministerium wies gestern die Vorwürfe des Gemeindetags zurück. Die Grundbuchämter sollten nach der Privatisierung der Notariate an die Amtsgerichte gehen. Deshalb gebe es keinerlei Grundlage für eine Entschädigung der Kommunen, deren Investitionen ohnehin bald abgeschrieben seien. Das Land werde das 70 Millionen Euro teure Projekt elektronisches Grundbuchamt wie geplant bis 2010 realisieren.